

## Prozess gegen Steinewerfer: Grüne Spitzenpolitiker attackiert - Neu-Ulm vor Gericht

Steinwurf bei Grünen-Kundgebung in Neu-Ulm: Mann muss vor Gericht erscheinen. Angeklagt wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Prozess am 29. Oktober. Polizei vermutet Verbindung zur Reichsbürger- und Querdenkerszene.

### Neue Details zum Angriff auf Grünen-Kundgebung enthüllt

Neu-Ulm (dpa) – Der Steinwurf während einer Grünen-Kundgebung im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2023 hat neue Details zutage gefördert. Ein 44-jähriger Mann wird sich in knapp vier Monaten vor [Gericht verantworten müssen, da er beschuldigt wird, einen Stein in Richtung des bayerischen Grünen-Spitzenduos Katharina Schulze und Ludwig Hartmann geworfen zu haben. Das Ereignis ereignete sich am 17. September 2023 in Neu-Ulm, als die Politiker gerade mit Bürgern ins Gespräch kommen wollten.](#)

[Nach seiner festgenommen und späteren Geständnis gab der Angeklagte an, unzufrieden mit der politischen Situation zu sein. Er betonte, dass er niemanden verletzen wollte, sondern lediglich seine Unzufriedenheit ausdrücken wollte. Die Polizei ordnet den Beschuldigten der sogenannten Reichsbürger- und Querdenkerszene zu, was zusätzliche Spannungen im Zusammenhang mit dem Vorfall hervorruft. Die Generalstaatsanwaltschaft in München hat den Fall aufgrund](#)

seiner politischen Dimension übernommen.

Der Prozess gegen den Angeklagten wurde für den 29. Oktober angesetzt und wird sich voraussichtlich mit den Anklagen wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung und Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte befassen. Trotz des Angriffs blieben Schulze und Hartmann unverletzt, aber die Intensität des Vorfalls hat die Sicherheitsmaßnahmen bei politischen Veranstaltungen verstärkt.

Die Tatsache, dass solche Angriffe während Wahlkämpfen stattfinden, wirft ein Licht auf die steigende Polarisierung und Unsicherheit in der Gesellschaft. Es unterstreicht auch die Bedeutung, den Respekt vor demokratischen Prozessen und den Schutz von Politikern zu wahren. Der Vorfall dient als Erinnerung an die Dringlichkeit, den politischen Diskurs zivilisiert zu gestalten und Gewalt als Mittel der Meinungsäußerung zu verurteilen.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**